

V.2 Der Tiefpunkt deutsch-ägyptischer Beziehungen

In der eskalierenden Nahost-Krise bildete die Bundesregierung Ende Mai 1967 einen Krisenstab zur Evakuierung deutscher Staatsbürger⁵⁷⁷. Anfang Juni wünschten 1500 Deutsche die Abreise aus Ägypten. In Alexandria wurden Schiffe zur Evakuierung Deutscher nach Italien und Griechenland eingesetzt⁵⁷⁸. Entgegen den Empfehlungen des Konsulates hatten nur sehr wenige deutsche Staatsbürger vor Kriegsausbruch von der Möglichkeit der Ausreise Gebrauch gemacht⁵⁷⁹. Die meisten deutschen Firmen und die beiden in Ägypten vertretenen deutschen Großbanken arbeiteten ungestört weiter⁵⁸⁰.

V.2.1 Der Juni-Krieg 1967

Im November 1966 hatte Nasser ein syrisch-ägyptisches Verteidigungsabkommen unterzeichnet. Als die Spannungen zwischen Israel und Syrien sich vertieften und ein Angriff Israels auf Syrien bevorzustehen schien, verlangte Nasser von den Vereinten Nationen den Rückzug der UNEF (United Nations Emergency Force) aus dem Sinai. Nachdem Generalsekretär U Thant eingewilligt hatte, befahl Nasser seine Truppen in den Sinai und sperrte die Straße von Tiran für israelische Schiffe. Als der jordanische König Hussein bemerkt hatte, daß es für ihn unmöglich sei, abseits dieses Konfliktes zu stehen, schloß er am 30. Mai 1965 ein Verteidigungsabkommen mit Ägypten⁵⁸¹. Israel gelang es innerhalb von sechs Tagen, die militärischen Entscheidungen zu seinen Gunsten gegen Ägypten, Jordanien und Syrien zu erzwingen⁵⁸².

Am 5. Juni 1967 hatte die israelische Armee Ägypten angegriffen, sich am 6. Juni bereits bis zum Sinai vorgekämpft und einen großen Teil der ägyptischen Streitkräfte zerstört. Am 9. Juni erreichten israelische Truppen den Suez-Kanal. Innerhalb von sechs Tagen gelang es den israelischen Truppen, die Altstadt von Jerusalem und die West Bank zu besetzen. Am Abend des 7. Juni akzeptierte Jordanien die Feuerpause, einen Tag später auch Ägypten. Am Ende des Krieges

⁵⁷⁷ Vgl. PA/AA, IB4. 24.5.1967. „Betr. Aufstellung eines Krisenstabes ad hoc/Nahost.“

⁵⁷⁸ Vgl. PA/AA, IB4. 9.6.1967. „Betr.: Nahostkrise, hier: Stand der Evakuierungsmaßnahmen am 9. Juni 1967, 14.40 Uhr.“

⁵⁷⁹ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 13.6.1967. „Betr. Evakuierung deutscher Staatsangehöriger aus der VAR.“

⁵⁸⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.1967. „Deutsche Position in Ägypten“.

⁵⁸¹ Vgl. Mansfield, 1992, S. 273.

⁵⁸² Vgl. Abediseid, 1976, S. 212.

gelang es Israel, die Golan-Höhen, einen bedeutenden strategischen Punkt der Syrer, zu besetzen, und am 10. Juni 1967 mußte auch Syrien die Feuerpause akzeptieren⁵⁸³.

Am 1. Juni 1967 erklärte Außenminister Willy Brandt, daß die Bundesrepublik eine Politik der „Neutralität“ und der „Nichteinmischung“ im Nahen Osten führe, doch nur 24 Stunden später beschloß das Kabinett, Israel 20.000 Gasmasken zu liefern, denen das Etikett „nicht-militärische Hilfe“ aufgeklebt war⁵⁸⁴.

Israel hatte vor Ausbruch des Krieges befürchtet, daß die arabischen Staaten im Krieg Gas einsetzen könnten, und daher die Bundesregierung um die Lieferung von Gasmasken gebeten⁵⁸⁵.

Die Bundesregierung erklärte am 1. Juni 1967, daß die beschlossene Zustimmung zur Lieferung der Gasmasken an Israel rein humanitären Zwecken diene, die nicht gegen die Grundsätze der Nichteinmischung in regionale Konflikte des Nahen Ostens verstoße⁵⁸⁶.

In einer Bundestagssitzung am 7. Juni 1967 äußerten sich die Bundestagsfraktionen eindeutig zur Frage der Nichteinmischung der Bundesregierung im Nahost-Konflikt. Sympathiekundgebungen und Spenden für Israel wurden von Regierungsmitgliedern unterstützt. So rief zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt zur Hilfe für Israel auf. Der Berliner Senat stellte für humanitäre Hilfsaktionen 100.000 DM an Israel zur Verfügung. Zahlreiche Aktionen, wie zum Beispiel die Gründung eines Komitees „Menschen in Deutschland hilft den Menschen in Israel“ in München, wurden in zahlreichen deutschen Städten initiiert⁵⁸⁷.

Die deutsche Bevölkerung hingegen reagierte mit Ausbruch des Juni-Krieges mit zahlreichen Protesten und Kundgebungen, in denen sie auf die Bedrohung Israels aufmerksam machte, dessen Angriff sie als einen Notwehrakt bezeichnete⁵⁸⁸.

Die Berichterstattung in den westdeutschen Medien war von einseitiger Parteinahme für Israel geprägt, so daß Meldungen, die nicht in das allgemeine Bild paßten, überhaupt nicht wahrgenommen wurden⁵⁸⁹. So würdigte der israelische Botschafter in Bonn nach Ende des Nahost-Krieges die bundesdeutschen Zeitungen für ihre Berichterstattung über den Krieg und die Existenzbedrohung

⁵⁸³ Vgl. Mansfield, 1992, S. 274.

⁵⁸⁴ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 6.6. 1967. „Ist Bonn neutral. Anlage zum Bericht der Handelsvertretung Sofia.“

⁵⁸⁵ Vgl. Abediseid, 1976, S. 212.

⁵⁸⁶ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 5.6.1967. „Sprechzettel. Betr. Die Lage im Nahen Osten.“

⁵⁸⁷ Vgl. Vogel, Rolf, 1987, S. 362- 371. Detaillierte Zusammenstellung der Sympathiekundgebungen und Spenden für Israel in den einzelnen deutschen Städten.

⁵⁸⁸ Vgl. Vogel, Rolf, 1987, S. 349-356.

⁵⁸⁹ Vgl. Büttner u. Hünsele, 1981, S. 126; u.a. Büttner, 1977.

Israels⁵⁹⁰. Die bundesdeutsche Presse hatte immer wieder die Ungleichheit von 2,6 Millionen Israelis gegenüber 60 Millionen Arabern dargestellt und den israelischen Soldaten ihre Bewunderung für ihre Glanzleistungen ausgedrückt⁵⁹¹.

Während es den Israelis gelungen war, mit ihren Informationen die westdeutschen Medien auf ihre Seite zu ziehen, hatten die arabischen Informationsquellen versagt. Nasser bezichtigte die deutsche Presse der Voreingenommenheit⁵⁹².

Nach Ende des Sechs-Tage-Krieges betonte die Bundesregierung weiterhin in verschiedenen Erklärungen, daß sie sich im Nahen Osten nicht einmischen wolle. Sie betonte, daß sie nach dem Ende der Kämpfe Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Völker auf beiden Seiten eingeleitet habe. Trotzdem sei sie zunehmend von sowjetischer, ägyptischer und syrischer Seite beschuldigt worden, sie habe Israel bei der Vorbereitung des Krieges geholfen⁵⁹³.

Am 22. November 1967 akzeptierten Ägypten, Jordanien und Israel die Sicherheitsrats-Resolution 242, die einen Abzug aus den besetzten Gebieten sowie von den Arabern eine de facto Anerkennung Israels verlangte⁵⁹⁴. Der Wortlaut der Resolution 242 divergierte zwischen der französischen und der amerikanischen Version. Die amerikanische Version sprach vom „Abzug von Streitkräften aus besetzten Gebieten“ (withdrawal of armed forces from occupied territories). Diese Auslegung machte deutlich, daß nicht die Räumung aller im Laufe des Sechstage-Krieges besetzten und bis dahin von arabischen Staaten verwalteten Gebieten gemeint war, sondern daß es für künftige Verhandlungen einen gewissen Spielraum bezüglich der zu räumenden Gebiete geben sollte. Die offizielle französische Fassung der Resolution 242 sprach dem gegenüber von „*der* Räumung der besetzten Gebiete“ durch die israelischen Streitkräfte, (des territoires occupés)⁵⁹⁵. Die Geschäftsordnung des Sicherheitsrates enthielt 1967 keine Bestimmungen darüber, welcher Wortlaut im Falle einer sprachlichen Divergenz maßgebend war, doch es könnte vermutet werden, daß gerade die sprachliche Differenz in den verschiedenen Fassungen des politisch umstrittenen Punktes zu der stillschweigenden Übereinkunft geführt hatte, die die einstimmige Annahme der Resolution 242 ermöglichte⁵⁹⁶. Das Palästinenserproblem wurde in der Resolution,

⁵⁹⁰ Vgl. Lewan, 1970, S. 7.

⁵⁹¹ Vgl. Lewan, 1970, S. 134-143.

⁵⁹² Vgl. Abediseid, 1976, S. 215.

⁵⁹³ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 16.6.1967. „Aufzeichnung, Betr.: Die Lage im Nahen Osten.“

⁵⁹⁴ Vgl. Mansfield, 1992, S. 275-276.

⁵⁹⁵ Vgl. Brügel, 1974, S. 125-129.

⁵⁹⁶ Vgl. Brügel, 1974, S. 129.

der sich auch die Bundesrepublik anschloß als Flüchtlingsproblem anerkannt und der Begriff „Palästinenser“ in keiner Form erwähnt⁵⁹⁷.

Nach Kriegsende gingen aufgebrachte ägyptische Staatsbürger gegen amerikanische und britische Einrichtungen und öffentliche Gebäude vor, steckten die Konsulate in Alexandria in Brand, durchsuchten Wohnungen und zerstörten Autos. Bundesdeutsche Institute, Schulen, Konsulate sowie die ehemalige Botschaft blieben unbeschädigt. Die von der Bundesrepublik mehrfach angebotene humanitäre Hilfe lehnte Ägypten jedoch ab und zog es vor, einige teure, dringend benötigte deutsche Medikamente mit den letzten Devisen über Paris zu beziehen. Die ägyptische Propaganda versäumte es jedoch nicht, weiterhin jede deutsche Hilfsleistung für Israel groß herauszustellen. Positive Einschätzungen gab es im Bereich der kulturelle Beziehungen. In Syrien und im Irak war es zur Schließung der Goethe-Institute gekommen. Die erwartete Reaktion, daß dies auch in Ägypten geschehen würde, blieb aus. Deutsche Mitarbeiter der italienischen Schutzmachtvertretung sowie auch der Leiter des Goethe-Instituts in Kairo hatten in Einzelgesprächen in den betreffenden Ministerien ähnlichen Maßnahmen vorzubeugen versucht und waren an keiner Stelle auf feindselige Ablehnung gestoßen. Grund zur Hoffnung gaben auch die wirtschaftlichen Beziehungen. In Gegensatz zu anderen arabischen Ländern waren Boykottmaßnahmen gegen deutsche Waren und Transportmittel von Seiten Ägyptens kaum vorgekommen. Abgesehen von dem Boykott deutscher Schiffe im Hafen von Alexandria, der nicht auf eine Weisung der ägyptischen Regierung zurückzuführen war, konnte grundsätzlich nicht von einem Boykott deutscher Waren gesprochen werden⁵⁹⁸.

Der Deutsche Bundestag bewilligte am 14. Juni 1967 fünf Millionen DM humanitäre Soforthilfe an die vom Krieg betroffene Bevölkerung. Diese Summe beinhaltete verschiedene Sendungen von Zelten, Decken, Lebensmitteln und anderem Material, die mit Flugzeugen und Schiffen in die Krisengebiete geliefert wurden. Die Regierung Ägyptens bekundete im September 1967 ebenfalls ihr Interesse an humanitärer Unterstützung⁵⁹⁹. Es dauerte jedoch bis zum Februar 1968, bis ein erster deutscher Frachter in Alexandria ankerte und Hilfsgüter lieferte⁶⁰⁰.

Die Bundesregierung regte die Initiative an, auf europäischer Basis einen Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Integration der Palästina-Flüchtlinge

⁵⁹⁷ Vgl. Jaeger, 1996, S. 26.

⁵⁹⁸ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 12.7.1967. „Betr.: Deutsch- ägyptische Beziehungen Mitte Juli 1967.“

⁵⁹⁹ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 4.9.1967. „Sprechzettel, betr. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 7. September 1967, hier: die Lage im Nahen Osten.“

⁶⁰⁰ Vgl. Kramer, 1974, S. 267.

auszuarbeiten. Träger des Entwicklungsplanes sollte eine nichtstaatliche Organisation sein. Zu Beginn der Aktion sollten zu einer Konsultation neben den europäischen Staaten auch die arabischen Repräsentanten eingeladen werden. Dem Bundeskanzler wurde vorgeschlagen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau eine gute Initiative zum Beginn einer neuen Politik der Bundesregierung gegenüber den arabischen Ländern sein könnte⁶⁰¹.

Mögliche Hilfs- und Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesrepublik gegenüber den arabischen Ländern wurden aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 28. Juni 1967 unter der Federführung von BMZ, BMF und BMWi im August 1967 erörtert. Bezüglich der humanitären Hilfe waren von den vom Bundestag bewilligten fünf Millionen DM bisher insgesamt 2,7 Millionen DM an Jordanien und Syrien ausgegeben worden. Das Auswärtige Amt wünschte bei einer Ausschöpfung der fünf Millionen DM eine Aufstockung um weitere fünf Millionen DM. Die während des Hassouna-Besuches in Aussicht gestellten Zahlungen für palästinensische Flüchtlinge sollten nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums erst ausgezahlt werden, wenn die Mehrzahl der arabischen Länder ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik wieder aufgenommen haben würden. Die Umschuldung zur Konsolidierung von bundesverbürgten Handelsschulden Ägyptens in Höhe von 791 Millionen DM kam während der Sitzung ebenfalls zur Sprache. Demnach hatte Ägypten mit Spanien, Italien, Mexiko, Frankreich und Großbritannien eine Umschuldung erreicht. Während das Auswärtige Amt und das BMWi, die Umschuldungen befürworteten, lehnte das BMF sie ab⁶⁰².

Im November 1967 äußerte die ägyptische Seite anlässlich des Abschiedsbesuches des ehemaligen Botschafters Federer, daß im Falle einer gewünschten Normalisierung der Beziehungen die Bundesrepublik größere Aktivität entfalten sollte. Angebote der humanitären Hilfe nach dem Juni-Krieg sowie die beginnenden Umschuldungsverhandlungen bezeichnete Federer als aussichtslos und schlug vor, eine Intensivierung der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit zu erwägen. Darüber hinaus hob er hervor, daß Ägypten zu diesem Zeitpunkt für konkrete Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen noch nicht reif sei⁶⁰³.

Ende 1967 spielte die Kulturpolitik zwischen Ägypten und der Bundesrepublik zunehmend eine bedeutendere Rolle. Der ägyptische Kultusminister Okasha betonte

⁶⁰¹ Vgl. Bundesarchiv, B136. 8.8. 1967. „An den Bundeskanzler.“

⁶⁰² Vgl. Bundesarchiv. B136. 29.8.1968. Betr.: „Mögliche Hilfe- und Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung gegenüber arabischen Ländern.“

⁶⁰³ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 18.11.1967. „Fernschreiben aus Kairo. Betr. : deutsch- ägyptische Beziehungen“.

gegenüber der deutschen Kulturabteilung in Kairo, daß er versuche, alle Auffassungen zu widerlegen, daß sein Ministerium einseitig mit den Ostblockstaaten, besonders der DDR, zusammenarbeite. Daher schlug er vor, einen oder zwei hervorragende deutsche Pianisten, Cellisten oder Violinisten zum gemeinsamen Konzert mit dem Kairoer Symphonieorchester einzuladen. Nach der Sperrung der Kairoer Opern- und Konzerthalle für gemeinsame Veranstaltungen mit westdeutschen Künstlern zeichnete sich in diesem Angebot eine Verbesserung der Beziehungen ab⁶⁰⁴.

Auf der zweiten Tagung der deutsch-ägyptischen Kulturkommission entstand der Eindruck, daß die Ägypter sich der Gefahr einer einseitigen Bindung an den Osten stärker bewußt wurden⁶⁰⁵.

Einem Fernschreiben der deutschen Vertretung in Kairo am 1. Dezember 1967 ist zu entnehmen, daß die Bundesrepublik ihre Bereitschaft geäußert hatte, die diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Ländern wieder aufzunehmen⁶⁰⁶. Anfang Dezember hob Ägypten die seit dem Juni-Krieg verhängte Sperre für deutsche Schiffe in ägyptischen Häfen auf⁶⁰⁷.

Im April 1968 kündigte Bonn laut Mitteilung von Beamten des Auswärtigen Amtes an, daß im Falle einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, beachtliche Beträge in jedem arabischen Land zu investieren seien. Man rechne in Bonn mit der baldigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen⁶⁰⁸.

Im Sommer 1968 reiste der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wischnewski, aus Anlaß der Feierlichkeiten zum Abschluß der Bergungsarbeiten der Tempel von Abu Simbel nach Oberägypten. Der ägyptische Kultusminister Okasha hatte Vertreter aller Staaten eingeladen, die an der Rettung nubischer Altertümer finanziell beteiligt waren. Während seines Besuches führte Wischnewski Gespräche mit mehreren Mitgliedern der ägyptischen Regierung sowie mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga⁶⁰⁹.

Ende März 1969 besuchte der SPD-Abgeordnete Georg Kahn-Ackermann Ägypten, wo er von mehreren ägyptischen Ministern empfangen wurde⁶¹⁰.

⁶⁰⁴ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 16.11.1967. „Fernschreiben aus Kairo“.

⁶⁰⁵ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 23.11.1967. „Betr. 2. Tagung der deutsch-ägyptischen Kulturkommission“.

⁶⁰⁶ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 1.12.1967. „Fernschreiben aus Kairo. Betr. : Bereitschaft zu Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit arabischen Ländern“.

⁶⁰⁷ Vgl. Dokumentation Deutsche Welle, Stichwort Bundesrepublik Deutschland-Ägypten. 53/72.

⁶⁰⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.1968. „Neue Bonner Kredite für Ägypten.“

⁶⁰⁹ Vgl. Kramer, 1974, S. 267-268.

⁶¹⁰ Vgl. Dokumentation Deutsche Welle, Stichwort Bundesrepublik Deutschland-Ägypten. 53/72

V.2.2 Die Diplomatische Anerkennung der DDR durch Ägypten

Im Sommer 1969 erkannte Ägypten die DDR an. Innerhalb weniger Wochen folgten Irak, Sudan, Syrien und auch die Demokratische Volksrepublik Jemen⁶¹¹. Allmähliche wurde die Änderung der Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR sichtbar. Die Bundesregierung gab öffentlich eine Modifizierung der Hallstein-Doktrin bekannt. Obwohl sie weiterhin die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten als feindseligen Akt bezeichnete, vermied sie es jedoch, durch automatische Vergeltung den Abbruch diplomatischer Beziehungen herbeizuführen⁶¹². Als Ost-Berlin 1967 erkannte, daß die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien plante und einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit weiteren Ostblockländern nicht abgeneigt war, verkündete die DDR im März 1967 die „Ulbricht-Doktrin“, die eine Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sozialistischer Staaten zur Bundesrepublik unvereinbar machte. Die DDR konnte sich jedoch gegenüber Rumänien nicht durchsetzen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bukarest und Bonn nicht verhindern⁶¹³. Als Bonn 1968 die Beziehungen zu Belgrad wieder aufnahm, hoffte Ost-Berlin im umgekehrten Sinne auf eine Anerkennungswelle. Der Durchbruch im Nahen Osten erfolgte aber erst 1969, als Ägypten, Irak, Syrien, Sudan und Südjemen die diplomatischen Beziehungen mit Ost-Berlin aufnahmen⁶¹⁴. Die Bundesrepublik antwortete lediglich mit der Stornierung des deutschen Beitrages zu Weizenlieferungen der EG an Ägypten für ein Jahr⁶¹⁵. Die Handelsbeziehungen wurden aufrechterhalten, und Ägypten blieb weiterhin der größte arabische Abnehmer von Waren der Bundesrepublik⁶¹⁶.

⁶¹¹ Vgl. Büttner u. Hünseler, 1981, S. 129.

⁶¹² Vgl. Büren, 1974, S. 22.

⁶¹³ Vgl. Lamm u. Kupper, 1976, S. 56.

⁶¹⁴ Vgl. Lamm u. Kupper, 1976, S. 58.

⁶¹⁵ Vgl. Büren, 1974, S. 29.

⁶¹⁶ Vgl. Lamm u. Kupper, 1976, S. 60. Siehe auch Handelsblatt, 9.3.1971.